

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Jahres 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Ederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 39 .: 33. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 .: Telephon: Amt Mothiplatz, 2120

Berlin, den 26. September 1919

Inhalt. Vertragsleistung. — Streiknotizen. — Der
Verbandsrat in Nürnberg. — Aus anderen Organisationen.
— Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. —
Wählerchau. — Eierbetafel. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 28. Sept. bis 4. Oktob.
1919 ist der 10. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbandsrat gegenüber durch pünktliche
Beitragsleistung seine Plicht erfüllt, sichert
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-
stützung aus Verbandsmitteln.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden die
Kollegen in ihrem eigensten Interesse ersucht,
bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zu-
vor bei der dortigen Ortsverwaltung zu er-
kundigen.

Bei der Firma P. Schreiner, Solingen
sind ernste Differenzen ausgebrochen. Vor Ar-
beitsannahme bei dieser Firma wird gewarnt.

Der Verbandstag in Nürnberg.

Am Montag, den 15. September, wurde nach
siebenjähriger Pause im Hotel „Deutscher Hof“ in
Nürnberg unser dritter Verbandstag durch den Vor-
sitzenden Kollegen Mum-Verlin eröffnet, der ein-
leitend ausführte:

„Seit unserer letzten Zusammenkunft sind sieben
lange, bange Jahre verflohen. Der Weltkrieg liegt
hinter uns, der die ganze Welt in Flammen setzte.
Wir haben den Krieg verloren und kein Mensch
konnte voraussehen, was uns der Friede gebracht
hat. Eine Armutskatastrophe für viele lange Jahre. In
diesem Chaos der wirtschaftlichen Produktion, in
diesem Zusammenbruch entstand die Revolution bei
uns, während die Länder, welche im Zeichen des
Sieges standen, davon verschont geblieben sind. Der
Wiederaufbau unseres Landes wird uns große
Opfer kosten. Die deutsche Arbeiterklasse aber wird
sie überwinden. Seit dem 9. November bilden die
Gewerkschaften eine fast unüberwindliche Macht.
Weiber müssen wir feststellen, daß uns mancher heute
fehlt, den der Krieg verschlungen hat. Wir denken
heute mit tiefer Wehmut aller unserer Freunde und
Mitglieder, die nicht zu uns zurückgekommen sind.
Wir können leider nichts tun als zu geloben, in
ihrem Sinne vereint weiter zu streben, die Einheit
der Organisation zu wahren und dafür zu sorgen,
daß ein solcher imperialistischer Krieg für alle Zeiten
zu dem Unmöglichkeit gehört. — Redner geht
weiter auf die Ursachen ein, die es notwendig
machten, den längst fälligen Verbandstag immer
wieder hinauszuschieben. Ferner begrüßt er den
Vertreter der Generalkommission und internationalen
Sekretär, unseren alten Kollegen Saffnerbach,
sowie die Gäste aus dem Auslande, Hohenberg und
Clarar aus Wien, Jönson-Kopenhagen, Nehler aus
der Schweiz sowie den Vorsitzenden des Tapezierer-
verbandes, Kollegen Spließ-Verlin.
Redner schließt mit dem Wunsche, daß es ge-
lingen möge, die Arbeiten des Verbandstages in

Eintracht und Geschlossenheit zum Besten zu er-
ledigen.“

Schramm-Nürnberg heißt im Auftrag der
Nürnberger Kollegen die Delegierten herzlichst wil-
kommen und bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß
die Beratungen und Beschlüsse des Verbandstages
von Einigkeit getragen der Organisation zum Segen
gelingen mögen.

Hohenberg-Wien überbringt die Glückwünsche
der dortigen Kollegen. Desterreich hatte sich der
Hoffnung des Anschlusses an Deutschland hingegeben,
leider hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Nicht
genug damit aber hat man uns auch national ge-
spalten und Landesteile mit deutscher Bevölkerung
von uns abgetrennt. Den Anschluß an Deutschland
aber wird man doch nicht verhindern können, so daß
wir schließlich ein Glaubzirkel des deutschen Verbandes
werden.

Nelson-Kopenhagen überbringt Grüße von
Skandinavien, unserer dortigen Bruderorganisation.
Der tschechoslowakische Verband und die Wiener
Galanteriearbeiter senden briefliche Grüße.

Zur Tagesordnung begründet Gottschalk
den Berliner Antrag, den Punkt „Arbeitsgemein-
schaft und Mätessystem“ mit dem Referenten Richard
Müller vom Berliner Vollzugsrat noch auf die
Tagesordnung zu setzen.

Schulze-Berlin widerspricht dem Antrag mit dem
Hinweis, daß auf dem Gewerkschaftskongress diese
Frage eingehend behandelt wurde und beim 5. Punkt
der Tagesordnung Gelegenheit zur Stellungnahme
reichlich gegeben sei. Auch wäre es ein Armuts-
zeugnis, wenn wir uns zu diesem Thema einen
Referenten außerhalb unserer Reihen heranziehen
müßten, wo unsere Berliner Delegierten durchweg
auf dem Boden des Mätessystems stehen oder Arbeiter-
räte sind.

Adlermann-Offenbach bittet um Ablehnung, da
diese Parteifrage nicht auf unserem Verbandstag ge-
höre.

Zu dem Berliner Antrag sprachen noch die Kol-
legen Gronwald, Jung, Dietrich, Da-
jacks und Wurm.

Die Abstimmung wird vorgenommen unter Ent-
haltung von Schulze und Grodowski-Berlin und
wird der Antrag mit 22 gegen 20 Stimmen abge-
lehnt, desgleichen mit 21 gegen 21 Stimmen eine
Zurückstellung des Punktes 6 der Tagesordnung:
Wahlen und Verbandsrat.

Die Geschäftsordnung wird angenommen, zu
Voritzenden die Kollegen Blum und Gottschalk,
beide Verlin, zu Schriftführern die Kollegen M u s e l-
mann, A n f e r m a n n, P o s s m a n n und V e r n e-
hardt gewählt. In die Mandatsprüfungskommission
kommen die Kollegen G e i n - Verlin, J u n g -
Offenbach, M ü l l e r - Dresden, P a u l - Braun-
schweig, W a l t e r - Görlich, P o h l - Cassel, W o l f -
Verlin.

Gottschalk-Berlin begründet hierauf einen gegen
das Mandat des Kollegen E r n s t S c h u l z e - Verlin
von der Berliner Verwaltung erhobenen Protest.
Ein im Hauptvorstand beschäftigter Kollege, der
selber kandidiert hatte, habe das Berliner Resultat
nachgeprüft, wozu er kein Recht gehabt hätte. Die
Berliner Wahl sei ganz einwandfrei gewesen und
das Mandat des Kollegen Schulze müsse kassiert, das
des Kollegen Grodowski aber anerkannt werden.
Im anderen Falle werde die Berliner Ortsverwal-
tung die letztere Delegation auf ihre Kosten nehmen.

Blum klärt die Sache auf und betont, daß der
Generalvorstand das Recht der Nachprüfung immer
gehabt habe und auch in Zukunft haben müsse. Durch
die Art der Stimmgabel, auf denen 19 Namen ge-
zeichnet werden mußten, sind Ungenauigkeiten ent-
standen, die sehr verschiedentlich beurteilt wurden.
Man darf diesfalls keinen Kollegen, der 15 Jahre
im Verbandsinteresse tätig war und zwar mit an
erster Stelle, der Fälligkeit bezichtigen.

Nieder hält eine weitere Debatte in dieser Sache
für überflüssig, da die Entscheidung nunmehr in
Händen der Mandatsprüfungskommission liegt. Das
Recht des Generalvorstandes, die Wahlergebnisse nach-
zuprüfen, sei aber nicht zu bestreiten.

Clarar führt die Ursachen des Protestes auf die
Listenaufstellung in Verlin zurück, die im Gegensatz
zum Statut lediglich nach der Parteistellung er-
folgt sei.

Gronwald hält die Feststellung der Berliner
Wahlkommission für richtig und beurteilt das Er-
scheinen des Wahlauftrages im „Vorwärts“ seitens
der Mehrheitspartei.

Wolf stellt fest, daß die Prüfung der Wahl-
resultate durch den Vorstand nicht nur berechtigt,
sondern auch notwendig sei. — Ein Teil der Ber-
liner Kollegen aber ist von den Vorgängen in den
Versammlungen angewidert und hält sich fern von
allem. Die Streichungen auf den Stimmgabeln sind
recht leidenschaftlich und zweifelhaft.

Höf erklärt die Behauptung Gottschalks, daß in
der Berliner Generalversammlung niemand vom
Hauptvorstand sich zum Worte gemeldet habe, außer
Döhner selbst für unrichtig. Gottschalk weiß genau,
daß Höf in der Rednerliste eingetragen war und
ihn durch Schlußantrag das Wort abgeschnitten
wurde. Die leichtfertige Streichung der Stimmgabel
ist daraus zu erklären, daß neben der Schwierigkeit
an und für sich, 19 von 30 Stimmen zu müssen,
auch wenig Gelegenheit war, die Streichung unge-
sehen vorzunehmen.

Hille und Gehring halten die Nachprüfung durch
den Hauptvorstand nicht für einwandfrei. — Müll
beantragt Schluß der Debatte; der Antrag wird an-
genommen.

Der Bericht des Vorstandes liegt ge-
druckt vor. Mündlich hebt der Berichterstatter, Kol-
lege Blum, hervor, daß beim Ausbruch des Krieges
unsere Organisation zunächst einen ungeheuren
Schlag zu überwinden hatte durch eine kolossale Ar-
beitslosigkeit, welche in unserem Verufe mit Aus-
nahme der Militärerzeugnisseindustrie sofort in die Er-
scheinung trat. So schien in der Lederwarenindustrie
die Produktion mit einem Schlage ausgedörrt, wenn
sie sich auch hernach unter den schwierigsten Verhält-
nissen mehr und mehr wieder aufrichten konnte. In
Verlaufe des Krieges haben wir dann durch eine
ganze Reihe von Lohn- und Teuerungsbewegungen
die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen ge-
hoben, trotzdem der Vorstand damit eigentlich gegen
den faßbaren in München in das Statut herein-
gebrachten Satz verstoß, wonach er Lohnbewegungen
weder einzuleiten noch abzubrechen hatte. — Aufs
Geldverdienenden war in der ganzen Kriegszeit alles
eingestellt, für das Ideelle kaum Raum unter den
Kollegen vorhanden. Unsere Zeitung wurde nie so
wenig beachtet wie während dieser Zeit. In dieser
Stelle spendet der Redner dem vor einigen Monaten
ausgeschiedenen Redakteur Weinschild das große
Lob und bedauert dessen Scheiden aus unserem
Freiße. — An der starken Entwicklung der deutschen
Gewerkschaften partizipiert auch unser Verband im

Verhältnis zu seiner Mitgliederzahl sehr stark. Jammervoll ist nur, daß es jetzt der notwendigen Einigkeit in der Arbeiterschaft ermangelt. Die vielen Mitglieder sind kein Wertmesser gemeinschaftlicher Kraft. Viele Indifferente sind jetzt zu uns gekommen und müssen erst erzogen werden zur gewerkschaftlichen Erkenntnis und den gemeinschaftlichen Aufgaben. Wir wollen keine gedankenlosen Nachbeter, aber freies und logisches Denken im Kreise unserer Mitglieder. Politik heißt die Kunst üben, das Mögliche zu erreichen und diese Politik haben wir immer geübt. Politischer Haß und Zwietracht gehören nicht in unsere Reihen, aber in dem Augenblick, wo die Macht unser war, fiel die Arbeiterschaft auseinander. Wir wurden mit der Generalkommission wegen der Politik des 4. August bekämpft, ohne daß man sich die Mühe gibt, diese sogenannte Politik zu verstehen. Wie hätte es in Deutschland in Bezug auf die Ernährung der Arbeiterschaft gestanden, wenn die Generalkommission nicht gewesen wäre. — Das Hilfsdienstgesetz ist uns gleichfalls sehr zum Vorwurf gemacht worden und doch sind wir durch unsere Mitwirkung bei diesem Gesetz nur der drohenden Militarisierung entgangen. Die Meinungen darüber sind sehr geteilt und nach Unternehmerurteilen bedeutet das Gesetz einen großen Erfolg für die Gewerkschaften. — Bei dem Anschluß an den vielumstrittenen Volksbund sehen wir nur den Fehler, daß wir den Bund nicht schon zwei Jahre früher gegründet haben. Dann hätten wir vielleicht einen größeren Einfluß auf den Abbruch des Krieges ausüben können. — Unsere Gewerkschaftsführer müssen den Bekennermut haben und sind verpflichtet, unseren Mitgliedern ohne Rücksicht zu sagen und zu zeigen, wie die Dinge in Wirklichkeit sind, wenn es auch manchem nicht gefällt. Zum Schluß noch eine persönliche Note: Heute sind es bald 30 Jahre, daß ich in den vordersten Reihen unseres Verbandes kämpfe. Mein guter Glaube, niemals gegen die Interessen der Kollegen verstoßen zu haben, ist mir heute nach dieser Zeit eine Veruhigung für die Beurteilung meiner Tätigkeit. Ich sage mit Karl Marx: „Gehe Deinen Weg und laß die Leute reden!“ Wir bitten nicht um gut Wetter, sondern erwarten Ihre gerechte Kritik.

Nebel ergand den gedruckt vorliegenden Rassenbericht und schildert die Vermögenslage. Die Beitragsleistung pro Kopf war nicht die beste und dennoch steigerte sich das Vermögen pro Kopf von 23,64 Mark im Jahre 1911 auf 25,22 Mk. im Jahre 1916. Heute ist dieses Kopfermögen durch den Mitgliederzuwachs auf 39,60 Mk. gestiegen, was bei dem heutigen Geldwert nicht allzu günstig erscheint. In weiterer Besprechung der Kassengebarung erwähnt Medner einige Unstimmigkeiten bei Ordstaffierungen und deren Erledigung. Nicht richtig fassen viele Revisionen ihr Amt auf, die ohne strenge Prüfung ihre Unterschrift unter die Abrechnung setzen. — Die Zeichnung der Kriegsanleihe ist zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem diese Gelanlage zu der sichersten gehörte und gleichzeitig die höchste Verzinsung gewährleistete. Wegen die Anlage in preussischen Konsols hat man auch in den früheren Verbandstagen nie protestiert.

Wolf berichtet kurz für den Ausschuß. Im Jahre 1914 wurde Medner an Stelle des verstorbenen Kollegen Hadelbusch als Ausschußvorsitzender bestimmt und widmet er ihm an dieser Stelle noch einen Nachruf. Medner berichtet über einige Pressebeschwerden und Berufungsfälle und betont, daß im ganzen das Zusammenarbeiten mit dem Vorstand ein durchaus vorzügliches gewesen ist. Die Beschwerden mußten durchweg im Sinne der Entscheidungen des Vorstandes erledigt werden.

Eine neue Beschwerde von Berlin gegen den Kollegen Höf bezüglich Nichtaufnahme eines Interzats wird nach Aufklärung des Kollegen Höf als erledigt betrachtet.

Jung berichtet über die Mandatsprüfungskommission. Das strittige Berliner Mandat fällt dem Kollegen Schulze zu, im übrigen werden alle Mandate für gültig erklärt.

Zweiter Verhandlungstag.

Marenig: Die Rede Wlums hat den Geist des Fortschritts geatmet und zeugte durchaus nicht von verkümmertem Bureaucratismus. Daß Kollege Weinschild schied, ist zu bedauern. Nun sind die Berliner Kollegen auch mit dessen Nachfolger, dem Kollegen Höf, schon nicht mehr zufrieden, den wir im Offenbacher Gebiet so notwendig brauchen und den wir nur haben ziehen lassen angeht. Die Notwendigkeit, einen Vertreter im Hauptvorstand zu haben. Medner lehnt ein Misstrauensvotum gegen den Vorstand ganz entschieden ab. Das Hilfsdienstgesetz war das kleinere Übel. — Die Sachbeilage muß wieder eingeführt werden.

Kluge verurteilt die Kriegspolitik des Vorstandes und der Fachpresse, welche schon gleich nach Kriegsausbruch genau wie ein bürgerliches Blatt geschrieben habe. Der Medner zitiert verschiedene

Sätze aus Artikeln der Fachzeitung während der Kriegszeit, die von Siegeszuversicht und ähnlichen Dingen reden. Auch Kollege Blum habe von der Notwendigkeit des Sieges geschrieben. Die Fühlung mit der Arbeiterschaft sei verloren gewesen während der Kriegszeit. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Behring: Uns trennen nur politische Meinungen und wäre wohl eine Verständigung zu finden, wenn von beiden Seiten etwas mehr Toleranz geübt würde. Die anfängliche Kriegsstimmung war zu erklären, aber als bekannt wurde, daß die Kriegsschuld auf deutscher Seite lag, hätte unsere Politik umschlagen müssen. Heute richtet die Regierung den Kampf nur nach links, anstatt auch mit gleicher Energie nach rechts. — Unsere Angehörigen sollten sich mehr nach der Mitgliedschaft orientieren und nicht den Cäsar herausheben. Die Zeichnung der Kriegsanleihe war eine Frucht der Zeit über die man nicht mehr zu reden braucht, die Gelegenheit dazu werde sobald nicht wiederkehren.

Wöll findet die Hauptschuldigen an der Kriegspolitik der Gewerkschaften in der Generalkommission. — Auch die Revolutionspolitik lauge nichts. Die Wehrzahl der Arbeiter fühle sich betrogen, weil die Lohnsklaverei nicht abgeschafft werde. Den Reichsarbeiterwut habe man ohne Befragen der Münchener Kollegen aufgestellt. — Wir stehen heute wie vor der Revolution, die Sache ist für uns verloren. Wir können der erfahrenen Gewerkschaftsführer heute nicht entraten und darum werde ich gegen den Antrag Leipzig stimmen, der dem Vorstand ein Misstrauensvotum ausspricht.

Weller wendet sich dagegen, daß man die Monatsbeiträge aufgehoben und dafür den Wochenbeitrag erhöht habe. Der Zentralvorstand habe die Kirchturnspolitik der Vermarktungsstelle Stuttgart und treibe es nicht anders. Wir mußten einen Beamten haben und waren gezwungen, ihn gegen den Willen des Zentralvorstandes anzustellen. Die vielen Einzelmilitglieder am Saie des Saues erhöhen unsere Verwaltungskosten. Medner vorbereitet sich weiterhin über die Tarifpolitik in Stuttgart, wobei der Kollege Weinschild stark geäußert habe. Im Kriegsgesetz sei diese Sache falsch berichtet worden.

König bezeichnen das Verhalten des Zentralvorstandes dem Kongreß der Bekleidungsämter gegenüber als interesselos. Die Beteiligung an diesem Kongreß sei notwendig gewesen. — Vom Reichsstarif sind die Stuttgarter überrascht worden, ohne daß man sie gefragt hätte. Ferner vermischt der Medner den Klassenstandpunkt bei den Gewerkschaften, woraus die Persönlichkeit zu erklären sei. Wer es nicht verstehe, mit den Massen zu verkehren, der solle auf die Führerschaft verzichten.

Dregelius will sich nicht auf die politische Diskussion einlassen. Die Ausführungen Behrings könne man größtenteils unleserlich schreiben auch ohne zur U. S. R. zu gehören. — Der Dreibrümentarif ist kein Muster eines Tarifes. Die Tätigkeit des Vorstandes ist nach den Verhältnissen zu beurteilen und danach hat er kein Misstrauensvotum verdient.

Sassenbach (Generalkommission): Zu den Ausführungen des Düsseldorf Kollegen, von dem ich weiß, daß er zur unabhängigen Partei gehört, können wir uns nur gratulieren. Wie alle, auch die ganz links Stehenden, haben den Krieg für einen Verteidigungskrieg gehalten. In Berlin hat man gerade aus den Arbeiterwohnungen beim geringsten Anlaß die schwarz-weiß-rote Fahne aus dem Fenster gehängt und viele werden diese noch hinter dem Scheidenschranke stehen haben, wenn die Frau nicht inzwischen Meider daraus gemacht hat. Ich weiß als eifriger Leser der Auslandspresse, daß unsere Gegner von Anfang an das beabsichtigten, was uns jetzt zugefügt wurde. Man wollte uns politisch und wirtschaftlich vernichten. Was an Nationalismus in unserer Presse getrieben wurde, ist elende Limonade gegen den auf diesem Gebiete verappten Vorbezugwein. Die angebene Verständigungshand ist uns aber immer wieder zurückgestoßen worden. Hätten wir mit den Deuten zusammenkommen können, wäre vielleicht vieles anders geworden. — Medner ist überzeugt, daß man nach 4-5 Jahren, wenn mehr Ruhe eingetreten sein wird, anerkennend über unsere Politik urteilen wird. Die Gewerkschaften haben in Zukunft noch große Aufgaben zu erfüllen. Wir müssen sie zusammenhalten und dem Unternehmertum eine geschlossene Einheitsfront entgegenstellen, anstatt uns selber zu zerplündern. Er hofft auf eine volle Verständigung beider Richtungen auf dem Verbandstage. Mehr für den Frieden und gegen den Krieg wollen wir arbeiten.

Gronwald fragt den Kollegen Sassenbach, ob er das Hilfsdienstgesetz vor der Arbeiterschaft verantworten könne. Von einem Verteidigungskrieg könne keine Rede sein. Wenn Erzberger französischer Ministerpräsident wäre, würde von Deutschland gar nichts übrigbleiben. Das Ausland traute uns nicht mehr, und darum sind die Vertreter auch nicht nach Stockholm gekommen. Die Revolution sei von den Gewerkschaften abgedämmt worden durch die Ar-

beitsgemeinschaften, welche die Verbrüderung von Kapital und Arbeit darstellten. Das aber könne es nicht geben.

Der Vorsitzende gibt eine mitterweile eingegangene Vertrauensfrage und Einigungsresolution bekannt, die mit zur Debatte gestellt wird.

Daseke verurteilt gleichfalls die Haltung der Gewerkschaftsführer, die die Schulfrage am Kriege nicht gepöbelt hätten, sondern alles in dieser Hinsicht von der Regierung Gebotene bedingungslos hingenommen hätten. Der Kollege Sassenbach sei von seinen Kollegen aus der Generalkommission in seiner Münsterdamer Erklärung verlassen worden. Zu Lohnbewegungen haben die Verhältnisse die Gewerkschaftsführer getrieben, nicht eigene Initiative. Die Kriegsanleihezeichnung kann als erledigt gelten. Die Mißbilligung der Gewerkschaftsführer durch Gewährung der Mittel steht aber unzweifelhaft fest.

Esner gibt zu, daß man niemals etwas ganz Vollkommenes schaffen könne, aber im Ganzen habe und der Reichsstarif ganz unehäbbar Vorteile gebracht. Die sogenannte Politik des 4. August war nicht falsch und der Arbeiter hätte mehr zu verlieren als seine Ketten. — Das Hilfsdienstgesetz hat der Arbeiterschaft auch Vorteile gebracht. Große Summen an Arbeitslohn und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wurden auf Grund dieses Gesetzes herausgeholt. — Die Mitglieder hatten nur für das Materielle Interesse und haben sich im übrigen um gar nichts gekümmert. — Die Arbeiterschaft wird wohl zu spät einsehen, daß sie sich zu ihrem Schaden zerplüßerte. — Zum Reichsstarif sind alle Interessierten herangezogen worden. — Der Vorstand war immer bestrebt, die Mitgliederinteressen wahrzunehmen, was ihm zum größten Teil auch gelang.

Infermann hält es für ein billiges Vergnügen, jetzt über die Politik von 1914 zu kritisieren, aber die heutige Opposition hätte es damals nicht besser gemacht. Mit der Internationalen war es nicht weit her und die französische Arbeiterkraft war imperialistischer als die unsere und wollte keine Verständigung. Ja, wir haben heute noch auf kein Entgegenkommen zu hoffen. Die Politik des Möglichen — wie Blum sagte — war die einzig richtige. Dem Vorstand ist keinerlei Vorwurf zu machen. Medner bekennt sich zur unabhängigen Partei, aber das Allgemeininteresse geht ihm über das parteiinteressen. Die so dringend notwendige Einigung ist nicht zu bewirken auf dem Wege eines Misstrauensvotums gegen den Vorstand.

Wurm wendet sich entschieden gegen eine auf dem Verbandstag betriebene Parteipolitik, da wir es hier nur mit Gewerkschaftlichem zu tun haben. — Der Reichsstarif hat nur segensreich gewirkt, und Fabrikanten, welche nie für einen Tarif zu haben waren, mußten sich dem Reichsstarif fügen. — Das Hilfsdienstgesetz hat uns in vielem genützt. In unabhängigen Betrieben wurde erst damit die Möglichkeit geschaffen, der Arbeiterkraft zu ihrem Rechte zu verhelfen. — Die Beitragserhöhung hätte schon früher eintreten dürfen anstatt der Monatsbeiträge. — Die Verzehrung der Arbeiterschaft bringt uns um die Ertrugenshöfchen der Revolution. Wir müssen uns auf unsere gewerkschaftlichen Aufgaben besinnen, anstatt uns politisch zu zerplündern.

Schröter stellt fest, daß Infermann nicht zur Einigung beigetragen habe. Die Politik der Generalkommission und der Gewerkschaftsführer muß verurteilt werden. Arbeiterführer haben die Arbeitsgemeinschaften als die größte revolutionäre Ertrugenshöfchen bezeichnet, besser als die Revolution selbst. — Ein Verständigungsfrieden hätte herbeigeführt werden müssen und das hat man veräumt. Im Volksbund sei man Arm in Arm mit den Reaktionsären gegangen; auch die Empfehlung der Judenborstspende sei verkehrt gewesen.

Kluge spricht nochmals zum Hilfsdienstgesetz, das nicht aus Not, sondern freudig angenommen worden sei und belegt diese Meinung wieder mit Zitaten aus der Fachpresse. Den Sieg Deutschlands hätte unsere Zeitung nicht erstreben dürfen, wenn man auch nicht für eine Niederlage schwärmen konnte. Medner nimmt Bezug auf den Berliner Antrag, die Redaktion betreffend, und gibt zu, daß der neue Redakteur, Kollege Höf, das Blatt bis jetzt sehr gut geführt habe. Auch von Politik ist die Zeitung unter seiner Redaktion freigeblieben, aber mit dem Antriebsartikel des Kollegen Höf, soweit darin auf Weinschild Bezug genommen wird, sind wir nicht einverstanden. Nicht nur der Redakteur, sondern das System muß wechseln.

Teiner: Die Macht des Katholizismus, die in Nürnberg in die Erscheinung tritt, besagt etwas anderes als das „Schackflein“ des Dichters, das Kollege Wum erwähnt hat. Auch mit dem von ihm angezogenen Wort von Karl Marx geben wir uns nicht zufrieden. Wir sind keine Schwärmer und verlangen die Verantwortung am Verbandstage. Die Kriegspolitik war falsch. Der österreichischen Ertrugenshöfchen hat man Vorspann geleistet und das Unternehmertum hat die besten Geschäfte dabei ge-

macht. Die Führer haben heute vielfach vergessen, was sie gewesen sind. Die Arbeiterschaft aber ist zu leichtgläubig, um sie recht zu erkennen. Solche Leute, die früher ganz radikal schillerter, empfehlen heute der Arbeiterschaft, 15 Prozent billiger zu arbeiten im Interesse der Volkswirtschaft. — Bezüglich der Unterstufungseinrichtungen während des Krieges hat Medner ebenfalls Ausführungen zu machen. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Preis besteht die Schwächen der Generalkommission aus den Zeitverhältnissen heraus und empfiehlt die vorgelegene Resolution zur Annahme. Ausdrücke, wie sie in der Berliner Versammlung gefallen sind, führen nicht zur Einigung.

Schulze behauptet, daß die Verhandlungen des Verbandstages unter dem Signum des Parteistreiches stehen. — Die Kriegsleihe sieht sicher, nicht aber für die 70 000 Mk. im Braunschweiger Volkshaus. — Mit eingeleiteten Sägen aus der Zeitung kann der Kollege Kluge keine Beweise für die schlechte Vorstandspolitik beibringen. Gegen die Kriegspolitik ist von den Mitgliedern nicht Sturm gelaufen worden während der Kriegszeit. Sie waren am Geldverdienen und haben sich um keine Politik gekümmert. Der Zwiespalt ist von außen erst hereingetragen worden. Die von Cronwald abgelehnten Arbeitsgemeinschaften sind doch nur eine Instanz, Tarifbereitschaften aus der Welt zu schaffen. Gerade in unserem Gewerbe werden sie gebraucht und es ist nur zu bedauern, daß wir noch keine Reichsarbeitsgemeinschaft für unseren Beruf haben. — Scherer behauptet, die Gewerkschaftsführer hätten die Demokratie beiseite geworfen und zum Beweise dessen hat er ganz falsch zitiert. — Wir wollen in unserem Gewerbe nicht den Boden bilden, auf dem die unglückseligen Parteikämpfe ausgetragen werden. Die Resolution aber dürfte die Grundlage zur gegenseitigen Verständigung abgeben.

Blum haben die Zeitungsartikel, die Kluge zitierte, auch nicht in jedem Worte gefaßt, aber man muß noch lange kein Alldeutscher sein, um sie zu begreifen. Diejenigen, welche den Führern vorwerfen, daß sie die Fühlung mit den Massen verloren haben, befinden sich selber mit ihrer Auffassung der Dinge nicht mehr auf dem Boden der Wirklichkeit. Das Hilfsdienstgesetz hat uns auch manches Gute gebracht. — Man soll nicht mit Schlagworten der Masse zu imponieren suchen und dabei das eigene Recht beschmühen. Die Resolution Schulze wäre der beste Weg zur Verständigung.

Wettstatt bedauert, sich mit Schulze in großem Gegensatz zu befinden. Hülseleien in Versammlungen bekämpfen auch wir. — Wir sind strikte Gegner der Arbeitsgemeinschaften, sehen aber alles daran, unsere Tarifverträge in die Tat umzusetzen. — Die politische Lage in Berlin ist eine andere als in der Provinz. Wir haben keine sozialistische Regierung, sondern nur Mitglieder in der Regierung, die Sozialisten sind. Aukermann bekannte sich als Anhänger der unabhängigen Partei und hielt alles auf, was an Kriegspolitik gemacht wurde. — Außer Weinschild hat sich der Zentralvorstand in der Berliner Versammlung nicht bilden lassen. — Unsere Führer hätten sich im Schlingengraben überzeugen können, daß man keinen Verteidigungskrieg geführt hat. — Auch im Frieden haben wir schon Politik getrieben und jetzt soll sie ausgeschaltet werden. — Eine Opposition, wie der unserigen, muß man Konzeptionen machen, wenn wir auch nicht die Mehrheit haben. Blum möge zugeben, daß der Vorstand Fehler gemacht hat, die nicht wieder vorkommen dürfen. Aber solange ein Scheidemann an der Spitze der Partei steht, ist keine Einigung möglich.

Stoll beantragt Schluß der Debatte, da sich der Verbandstag zu einer politischen Versammlung entwickelt und der Bericht genügend besprochen sei.

Der Antrag wird mit 21 gegen 19 Stimmen angenommen.

Es folgen verschiedene persönliche Bemerkungen durch Scherer, Aukermann, König, Paul Braunschweig, Schulze und Kluge.

Höf erhält das Schlusswort zum Pressebericht. Er geht auf die an der Presse geübte Kritik ein und betont, daß er die Zeitung wohl auch nicht anders hätte führen können als Weinschild, wenn er früher Redakteur gewesen wäre. Das Hilfsdienstgesetz hätte auch von mir nicht ungünstiger wie von Weinschild besprochen werden können. Die Arbeitsgemeinschaften können nur günstig besprochen werden, denn sie sind die Voraussetzung für die Durchführung der Tarifverträge. Aber sie bedeuten keine Verbrüderung mit den Unternehmern. — Dem Berliner Antrag bezüglich des Redaktionswechsels mangelt die Konsequenz. Offenbar geht doch der Antrag dahin, dem Redakteur die übliche Gewissensfrage, das Nützlichkeitsproblem betreffend, vorzulegen. Dafür bin ich nicht zu haben. Die Kollegen, die mich kennen, wissen, daß ich stets die Interessen der Kollegen über meine eigenen gestellt habe und vor keiner Konsequenz zurückgeschreckt bin. Das gedenke ich auch in

Zukunft zu tun, wenn ich auch nicht so, wie die Berliner Kollegen es verlangen, auf dem Boden des Nützlichkeitsproblems stehe.

Niedel nimmt das Schlusswort für die Hauptkassette. Der Kassenbericht ist in der Debatte wenig berührt worden, so daß ich nicht darauf einzugehen brauche. Zur Kriegsleihe brauche ich auch nichts zu sagen, wenn Kollege Fasede nicht gesagt hätte, durch Gewährung dieser Mittel haben wir zur Verlängerung des Krieges beigetragen. Medner weist nach, daß es gleichgültig sei, ob wir das Geld in bar der Bank zur Verfügung stellen oder selbst Kriegsleihe zeichnen, der Unterschied ist nur der, daß wir durch Selbstzeichnung 1/4 Prozent mehr Zinsen erhalten. Die Hypotheken beim Konsumverein Berlin und Volkshaus Braunschweig sind nicht gefährdet, da die Gebäude nur zu 2/3 ihres Wertes vor dem Kriege belastet sind und die Gebäude heute einen weit höheren Wert haben. Die Kürzung der Unterstufungen, die Speerungen der Lokalkassen zu Anfang des Krieges waren notwendige Maßnahmen, welche die Gewerkschaften solidarisch durchführten. Die Einführung der Monatsbeiträge war auf das Statut gestützt, nur darin kann ein Fehler zutage kommen, daß der Vorstand die Aufhebung der Monatsbeiträge von einer Erhöhung der Wochenbeiträge abhängig gemacht hat. Medner ging dann auf die Tendenz des Konzepts der Verteilungs- und Zustandshebungsämter ein und legte den Standpunkt des Vorstandes hierzu klar, auch auf die vorhergehende Auseinandersetzung mit dem Stuttgarter Delegierten, welche die Antwort des Kollegen Blum an diesen erklärte. Zum Reichstarif im Leder- ausriistungsgewerbe ging Niedel auf die Vorgänge im Herbst 1914 ein, weil dieses ausschlaggebend für den Reichstarif war. Desgleichen nahm er den Kollegen Weinschild in bezug auf den Reichstarif in der Lederverbriemenindustrie in Schutz.

Blum gepflückt in seinem Schlusswort systematisch die Angriffe der Opposition. — An den Berliner Versammlungen haben wir vom Vorstand immer teilgenommen bis in die letzte Zeit, wo man den „Vorwärts“ hochklotierte und wir darum manchmal von den Versammlungen nicht gewußt haben, auch waren die Vorgänge in diesen Versammlungen oft derart, daß einem der Besuch verleidet werden konnte, wie es dem Kollegen Weinschild tatsächlich ergangen ist. — Zur Kriegspolitik bemerkt Medner, daß die Generalkommission wie die Gewerkschaftsführer nur profitorische Politik im Arbeiterinteresse getrieben haben. — Das Zitat von Kluge aus meinem Artikel klingt anders, wenn man es im Zusammenhang liest. Man kann daraus auch klar erkennen, daß wir nur einen Verständigungsfrieden wollten. — Wenn ich hier Marx zitierte, so wollte ich wirklich nicht unsere Delegierten als Schwächer bezeichnen, sondern nur diejenigen, welche jetzt erst in unsere Reihen hineingekommen sind und vielfach unsere Politik beurteilen, ohne etwas davon zu verstehen. — Medner schließt mit dem Wunsch, daß es möglich sein möge, eine einheitliche Phalanx zu bilden im Interesse der Organisation. Wir erwarten Ihr Urteil in den Abstimmungen.

Neber die Resolution Schulze (Vertrauensfundgebung für den Vorstand) wird namentlich abgestimmt. Sie lautet:

„Nach Entgegennahme des Geschäftsberichts erkennt der Nürnberger Verbandstag an, daß die Zentralleitung der Organisation in der verflochtenen Geschäftsperiode nach besten Kräften bestrebt war, die Interessen der Organisation und der darin vereinigten Kollegenschaft wahrzunehmen.“

Die während der Kriegszeit von den Gesamtvorständen betriebene Politik basierte auf der Ueberzeugung, daß die Niederlage Deutschlands die schwersten Folgen gerade für die Arbeiterschaft zeitigen würde und daß darum eine solche Niederlage mit allen Mitteln verhindert werden müsse. Nicht alle Maßnahmen sind vorbehaltslos gutzuheißen, sind aber zu verstehen, wenn die Zeitumstände, unter denen sie erfolgten, in Berücksichtigung gezogen werden. Da es nicht im Interesse der deutschen Arbeiterschaft liegen kann, sich wegen zurückliegender Dinge in nutzlosem Bruderkampf zu zerfleischen, vielmehr alle Kräfte zum gemeinsamen Kampf für die wirksame Besserstellung der gesamten Arbeiterschaft zusammenschließen werden müssen, so appelliert der Verbandstag an die Gesamtmittelständerschaft in der kollegialsten Form, zusammenzutreten, Streitfragen tolerant nach links und rechts auszutragen, da nur dann der Aufstieg der Arbeiterschaft gewährleistet ist.“

Für die Resolution stimmten 25, dagegen 20 (Fortsetzung folgt.)

Zur vorläufigen Orientierung unserer Mitglieder teilen wir noch mit, daß der Staffelbeitrag nach dem Berliner Vorschlag (Siehe Nr. 30 der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“) angenommen wurde, desgleichen die Unterstützungssätze, welche Berlin vorgeschlagen hat.

Die Verschmelzungsfrage wurde dahin erledigt, daß zunächst die Urabstimmung der Tapezierer abgewartet wird und sofern diese sich zustimmend zu dieser Frage äußern, wird für Anfang 1920 ein neuer Verbandstag der beiden Verbände nach Halle einberufen. Laut Beschluß des Verbandstages kommt der Ausschuß nach Offenbach und wurde Kollege Jung als dessen Vorsitzender gewählt. Die bisherigen Mitglieder des Vorstandes, Blum als Vorsitzender und Kollege Niedel als Hauptkassierer, wurden wiedergewählt. Als zweiter Vorsitzender wurde der Kollege Ernst Schulze-Berlin gewählt. In Schlesien soll ein Ausschuß angestellt werden. Die Anträge der Ortsvereinigungen auf Aufstellung neuer Beamten wurden durch den Beschluß des Verbandstages erledigt, daß den Ortsvereinigungen mit Beamten in der Folge ein Fünftel und den anderen ein Sechstel aus den Einnahmen zufließt. Die Anträge bezüglich der Ganeinteilung und Anstellungen werden vorläufig noch nicht ausgeführt, sondern zurückgestellt bis zur Erledigung der Verschmelzungsfrage.

Die Beitragserhöhung und die erhöhte Streikunterstützung treten am 1. Januar 1920 in Kraft. Die übrigen Unterstufungen erst ein Jahr später. Wir kommen auf diese Beschlüsse noch zurück.

Aus anderen Organisationen.

Georg Horn †. Am 18. August starb in Lindenu bei Kößgenbroda im fast vollendeten 78. Lebensjahr Georg Horn. Von Beruf Glasmacher, widmete sich Horn der Vereinerung der Glasarbeiter aus tiefer sozialer Not. Bereits im Jahre 1873 gründete er den Bund der deutschen Glasarbeiter, und als nach der ungeheuren Hebe gegen die deutschen Arbeiter im Jahre 1878 das Sozialistengesetz kam, trat Horn mit ganzer Kraft für die Erhaltung der Organisation ein. Die Reaktion war stärker, die Organisation der deutschen Glasarbeiter verfiel der Auflösung. Trotz harter Strafbestimmungen gelang es dem jetzt Verstorbenen, das Fachblatt der Glasarbeiter, den „Fächgenossen“, über alle Klippen hinwegzubringen. Seine ganze Kraft widmete er der Redaktion des Blattes, und durch seine schriftstellerischen Arbeiten hat Horn Bedeutendes zur Aufklärung der deutschen Glasarbeiter beigetragen.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes war es Horn, der für die Gründung des Verbandes der Glasarbeiter eintrat und mit vielen anderen die Organisation am 1. Oktober 1890 ins Leben rief. Auch nach der Gründung der Organisation behielt Horn die Redaktion des Fachblattes und kritisierte die trotzkischen Zustände, die in der Glasindustrie für die Arbeiter bestehen. Erst im Jahre 1905 legte er die Redaktion nieder, blieb aber bis zu seinem Lebensende ständiger Mitarbeiter des „Fächgenossen“ und mancher lehrreiche Artikel entstammte seiner Feder. Die Unternehmer lehnten sich in ihrem Groll gegen die Redaktionsführung auf und so wurden dem Verstorbenen Anklagen nicht erspart. Wegen Verteidigung von zwei Glashüttenleitern erhielt Horn die geradezu ungeheuerliche Strafe von zwei Jahren Gefängnis, und er hat diese Strafe reslos verbüßen müssen.

Ein arbeitsreiches Leben ist zum Abschluß gekommen. Ein edler Streiter in der Arbeiterbewegung ist ins Grab gesunken. Frei von jedem persönlichen Streit galt sein Leben nur den hohen erhabenen Zielen der Arbeiterbewegung. Die deutsche Arbeiterschaft, besonders aber die deutschen Glasarbeiter, werden ihrem „alten Horn“, wie sie ihn nannten, ein dauerndes, ehrenhaftes Gedenken bewahren.

Beschlüsse über neue Teuerungszulagen im Baugewerbe. Das Reichsarbeitsministerium schlägt unterm 13. August d. J. vor, sich auf folgender Grundlage zu einigen:

1. Die Parteien sind sich darüber einig, daß im Baugewerbe über die Gewährung einer Teuerungszulage verhandelt werden soll.
2. Das Reichsarbeitsministerium erachtet unter Gegenüberstellung der Verhältnisse vom 1. April und der Gegenwart eine solche Teuerungszulage im allgemeinen von 5 Proz. bis steigend je nach den Teuerungszuständen in den einzelnen Orten zu 10 Proz. für angezeigt, wobei nicht ausgeschlossen werden soll, daß in einzelnen Orten die Teuerungszulagen unter 5 Proz. bleiben und in einzelnen

Orten 10 Proz. überschreiten können. Es muß dies der örtlichen oder bezirklichen Prüfung im Einzelfalle vorbehalten bleiben.

3. Die Parteien vereinbaren, daß die örtlichen oder bezirklichen Verhandlungen sofort aufgenommen werden sollen. Soweit dabei eine Einigung nicht erzielt wird, ist Antrag auf Entscheidung bis 1. September d. J. an das Haupttarifamt zu richten, dem antilichs bzw. gemeinsam festgestelltes Material über die seit 1. April d. J. eingetretene Zunahme der Teuerung beizufügen ist.

Kampfmassnahmen vor der Entscheidung des Haupttarifamtes sind nicht zulässig.

Aus Industrie und Handel.

Folgen der freien Lederwirtschaft. Unterm 2. September schreibt die „Offenbacher Zeitung“: „Gauße auf dem Ledermarkt. Für die Anhänger und Gegner des Freihandels gleich lehrreich sind die Vorgänge auf der Lederbörse am Tage nach der Freigabe. Während der Zwangswirtschaft kostete das Kilo Rohhaut drei Mark. Am Tage nach der Freigabe wurde der Preis auf den Lederauktionen bis auf zwölf Mark pro Kilo in die Höhe getrieben, so daß jedermann einsah: so geht es nicht weiter! Man schloß die Auktionen und verkaufte den Rest freihändig, freilich zu denselben Preisen. Der Großhandel war dabei der lachende Gewinner. Die Folgen für den Handwerker und Kleinhändler sind die, daß er jetzt das fertige Unterteil mit 38 bis 52 Mark pro Kilo kaufen muß. Eine ganze Haut von zwanzig Pfund hat fast die Hälfte Abfall, denn das Kopf-, Hals- und Rauchsleder ist für den Schuhmacher von geringem Werte. Die Preise für Sohlenleder vor dem Kriege waren 6 Mark pro Kilo, 1915 zahlte man 17 Mark, heute 48 bis 52 Mark, d. h., daß das Leder zu ein Paar Sohlen im Augenblick 15 bis 20 Mark kostet. Man wird also demnächst für ein Paar Sohlen 30 Mark zu zahlen haben, denn die Zutatensind natürlich in demselben Maße gestiegen. Neue Maßschuhe werden unter 250 Mark nicht zu haben sein. Fabrikware in gleicher Qualität etwas billiger, die sich nur mit Hilfe von Ersatzstoffen zu einem erträglichen Preise herstellen lassen, wenn der Staat nicht eingreift und die Differenz bezahlt, damit der Minderbemittelte nicht veranlaßt zu laufen braucht. Es sind genau dieselben Vorgänge wie bei der Freigabe der Eier, genau dieselben Folgen. Man muß verlangen, daß die Regierung den freien Handel erst dann zuläßt, wenn genügend Angebot da ist.“

Offenbach ist eine der Hauptstädte für Ledererzeugung und Lederverarbeitung. In Offenbach war es hauptsächlich, wo man mit vereinten Kräften gegen die Zwangsbewirtschaftung des Leders Sturm lief, bis man endlich die freie Wirtschaft durchgesetzt hatte. Und jetzt sieht sich das den Offenbacher Industriellen sehr nahe stehende Blatt veranlaßt, von der Regierung wieder die Unterbindung des freien Handels zu verlangen. „Das ist der Kluch der bösen Tat...“

Korrespondenzen.

Köln. (16. 9.) Am Sonnabend, den 30. August d. J., fand im Volkshaus eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende gab Bericht über die Kartellversammlung. Später sprach er über die Kartellversammlung. Später sprach er über die Kartellversammlung. Später sprach er über die Kartellversammlung.

Au Punkt 2 erklärt Kollege Luger, daß man nunmehr mit den Arbeitgeber in der Tarifangelegenheit einig geworden sei, wenn man auch gerade das nicht erreicht habe, was man gehofft hatte. Er wurde nun der Versammlung zur Beratung vorgelegt und zur Annahme empfohlen. Bei der Abstimmung waren 47 für, 14 gegen den Tarif. Gauweiler Kollege Schneider wollte ein Referat halten über die Durchführung des Tarifs, war aber verhindert, zu kommen.

Unter Verhandlungsangelegenheiten wurde bekanntgegeben, daß demnächst eine Versammlung für Treibriemenfettler stattfinden, um eine Tarifkommission für das besetzte Gebiet zu wählen. Es wurde noch viel darüber kritisiert, daß die Zeitungen so unregelmäßig erscheinen; man erwartet baldige Abhilfe. Daß bei den letzten Tarifverhandlungen keine Vertreter aus dem besetzten Gebiet herangezogen wurde, wurde entschieden verurteilt. Kollege Westner brachte folgende Entscheidung ein, die mit großer Mehrheit angenommen wurde:

„Die heutige Mitgliederversammlung verurteilt ganz entschieden die Handlungsweise des Zentralvorstandes, da er die Kollegen in der Provinz

ganz stiefmütterlich behandelt, bei Reichstarifabschlüssen deren Verhältnisse und Gutachten nicht hört und in Anspruch nimmt.“

Bücherschau.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 23. Heft vom 2. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Neugestaltung der landwirtschaftlichen Produktion. Von Georg Schmidt (Vorsitzender des Deutschen Landarbeiterverbandes). — Bekämpfung der Tuberkulose. Von Medizinalrat Dr. Heinrich Berger. — Staatsallmacht — Staatsohnmacht. Von Franz Larstötter. — Der Kapitalismus in der Steuerpolitik. Von Hermann Strud (Köln a. Rh.). — Unsere Bildungsarbeit. Von E. Radlof (Bremerhaven). — Literarische Rundschau: Wie war's? Von Heinrich Cunow. Professor Karl Brohmer, Gesunde Jugend. Professor Dr. A. Nitsch, Was sollte man von Bau und Tätigkeit des mensch-

lichen Bewegungsapparates wissen? Professor Dr. L. Hschoff, Was sollte man vom inneren Aufbau des menschlichen Körpers und dessen Erkrankungen wissen? Von Dr. B.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Verleger zum Preise von 6,50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 60 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Sterbetafel.

Offenbach. Am 10. September starb unser Kollege Jakob Friedrich im Alter von 85 Jahren. Ehre seinem Andenken.

Täschner

gesucht, welcher perfekt eingearbeitet ist auf Reise- und Maulbügeltaschen.

Gebr. Lehmann, Koffer- und Lederwarenfabrik, Oberneufkirch (Sausik).

Sportartikelfabrik

sucht für ihre Fachabteilung „Fußbälle“ tüchtigen Sattler

welcher in stände ist, die Fabrikation selbstständig zu leisten. Bewerber muß gründliche Kenntnisse besitzen, Modelle selbstständig entwerfen und Arbeitskräfte anlernen können. — Ausführliche Offerten mit Zeugnisabschriften unter W.1822 befördert die Exped. d. Ztg.

Suche für sofort einen tüchtigen Täschner auf

Maul- Steg- Reil- Taschen

Offerten unter „E. A. 96“ befördert die Expedition dieser Zeitung.

Gesucht

1. Täschner (Sattler)

durchaus perfekt auf Maulbügeltaschen, Ballontaschen, Compokoffer usw., energisch und fähig, der Abteilung „Reiseartikel“ einer größeren süddeutschen Lederwarenfabrik vorzustehen; nur bestqualifizierte Arbeitskräfte unter G. C. 200 an die Expedition dieser Zeitung.

Einige tüchtige Täschner

auf Maulbügel, Steg- und Reiltaschen sowie einige geübte Kofferbauer

auf Leder-Suitcases stellen bei hohem Lohn ein E. Jeschke Nachflg. Gebr. Zeuschner, Mühlrose bei Frankfurt a. d. Oder.

Fachlehrbücher l. Ranges

mit vielen Abbildungen.

Der praktische Sattler Nr. 20, 10. Das Sattlerhandwerk Nr. 25, 30. Der Automobil- und Luftschiffattler Nr. 7, 85. Der Sattelmacher Nr. 10, 60. Universal- Maßvergleichnis für Sattler Nr. 4, 95. Der Sattler als Waren-garnierer Nr. 5, 30. Der moderne Polsterer Nr. 13, 90. Das Polstern Nr. 11, —. Die Schule des Tapezierers Nr. 15, —. Der Tapezierer und Dekorateur Nr. 13, 60. Das Zuschneiden moderner Dekorationen Nr. 6, 60. Der Wagen-fabrikant Nr. 17, 20. Der Wagenteile und sein Plan Nr. 10, —. Der Gerber Nr. 12, 90. Lederfabrikation Nr. 9, 30. Farbenlehre Leders Nr. 9, 30. Lederunterziehung Nr. 16, 50. Gerberei, technisches Anschauungs-buch Nr. 44, —. Die Appreturmittel Nr. 7, 30. Sämierrmittel, Schuhwische und Lederjähniere Nr. 4, 30. Nebenhefter Nr. 4, 70. Lohnrechner Nr. 2, —. 6000 Rezepte zu Handelsartikeln Nr. 15, —. Privat- und Geschäftsbuchhalter Nr. 5, 50. Buchführung Nr. 6, —. Rechnen Nr. 6, —. Nichtig Deutsch Nr. 6, —. Französisch Nr. 6, —. Englisch Nr. 6, —. Polnisch Nr. 6, —. Fremdwörterbuch Nr. 6, —. Rechtschreibung (Tuden) Nr. 7, 15. Rechtsformularbuch Nr. 6, —. Taschenbuch des allgemeinen Wissens Nr. 4, 40. Pflanzmanns geübte Worte Nr. 8, 80. Gedächtnisammlung Nr. 5, —. Anekdotenbuch Nr. 3, —. Lehrbuch für Kaufleute Nr. 15, —. Der Handwerker als Kaufmann Nr. 7, 25. Güter Ton und seine Sitte Nr. 5, 75. Tanz-lehrbuch Nr. 3, 35. Die Gabe der gewandten Unterhaltung Nr. 3, 20. Preisgekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft Nr. 13, 35. Gartenbuch Nr. 6, 50. Gartenbuch für Anfänger Nr. 11, —. Gegen Nachnahme. L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin 19 BE., Annenstr. 24.

Treibriemenfettler

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Heinrich Rute, Braunschweig.

Lediger Koffermacher auf Bügelkoffer

wird von größerer Sperrholzkofferrfabrik zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Beschreibung der bisherigen Tätigkeit an

Dambachwerke Passau.

Sattlernähgarn

in Längen von 2—3 m i. Nissen à 1 kg gebündelt 19 Mk. v. kg. hat abzugeben

Job. Deckelmann, Hamburg 11.

Zu verkaufen:

6 Heftmaschinen f. Kraftbetrieb Sattellänge 200 m/m.

1 Universal-Nähmaschine f. Kraftbetrieb Sämtliche Maschinen fast neu.

Th. Stieglmeyer, Hannover-Wülfel.

Prima Sattlerwachs

Chemische Fabrik Köthen Köthen-Anhalt.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeutler und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Geegründet 1880. Preislisten S. P. gratis und franko.